



Anna Maria Kamenik



»Wer sagt denn jetzt, was richtig ist?!« oder Konflikte als Strukturmerkmal einer offenen Gesellschaft



Zitationsempfehlung: Kamenik, Anna Maria. 2024. »Wer sagt denn jetzt, was richtig ist?!« oder Konflikte als Strukturmerkmal einer offenen Gesellschaft. In ThemaTalkers (Lara Berlage, Julian Engelken, Peter Ernst, Jan Hensellek, Lara Herford, Louis Hypius, Sargis Poghosyan, Angelina Schellin, Susanne Sophie Schmalwieser & Ingo H. Warnke) (eds.), *Debattieren, Opponieren, Protestieren. Interdisziplinäre Perspektiven auf sprachliche Praktiken des Widersprechens*, 82–89. OpenAccess U Bremen. doi.org/10.26092/elib/3138.

CC BY 4.0

Komplexität, Ambiguität, Krisenhaftigkeit: Veränderungen beherrschen gegenwärtige Erzählungen und lange bewährte Rollenmodelle und Handlungsmuster in privaten oder beruflichen Beziehungen verschwimmen. Die global vernetzte Welt hält unzählige Alternativen, Entscheidungen und Aushandlungen bereit. Sie fordert Positionen, Gegenpositionen und sprachliche sowie nicht-sprachliche Akte der Positionierung. Was Reckwitz (2019) als *Gesellschaft der Singularitäten* greift, beschreibt die Segmentierung gesellschaftlicher Zugehörigkeit und Identitäts- sowie Gruppenbildung. Die Frage, wie ein friedliches Zusammenleben gestaltet werden kann, lässt sich nicht beantworten, ohne auf Debatten, Konflikte und Widersprüche sowie ihre gesellschaftliche Konnotation und Einbettung zu blicken. Im Folgenden rahme ich Konflikte als Strukturmerkmal offener, demokratischer Gesellschaften und markiere damit *Debattieren*, *Opponieren*, *Protestieren* als axiomatische Grundformen demokratischer Aushandlung.

Deutschland ist ein demokratisch – repräsentativ, parlamentarisch, wehrhaft – organisierter Staat und trägt den Anspruch friedlicher Aushandlung pluraler Positionen in sich. So lebt Demokratie oft von Voraussetzungen, die sie nicht per se hat: dass alle – oder zumindest die meisten Menschen – eines Staates mündige Bürger:innen sind und sich beteiligen. Prinzipien einer Demokratie sind bspw. Volkssouveränität, Gewaltenteilung und die Achtung der Menschenrechte. Dies führt in einer utopischen Welt zur Gleichheit und Freiheit aller Menschen, denn diese beiden Werte bilden in der Realität die beiden Seiten derselben Medaille. So schreibt Balibar, »dass die Gleichheit *der Freiheit gleich*, mit Freiheit identisch ist und umgekehrt. Jede der beiden ist das exakte »Maß« der anderen« (Balibar 2012: 91; Herv. i.O.).

1 Die Geschichte von Offenheit und Grenzen

Demokratie, Pluralismus oder Toleranz sind alltagsgebräuchliche Worte, die zugleich ein Versprechen vom friedlichen, harmonischen Miteinander in sich tragen. Dieses Narrativ impliziert, dass sich alle nur bemühen, sensibel sein und miteinander reden müssen, damit Unklarheiten, Missverständnisse und Konflikte früher oder später verschwinden. Diese Erzählung folgt einem konsensorientierten Demokratie- und Politikverständnis, welches die Rolle von Widerspruch als temporär rahmt und den Blick auf einen utopischen, konfliktlosen Zustand in der Zukunft richtet. Dage-

gen steht ein konfliktorientierter Demokratiebegriff, der Konflikte als Indikator von Öffnungsprozessen deutet – sie damit zum demokratischen Strukturmerkmal erklärt. Aus dieser Perspektive ist es ein Trugschluss, dass das Zusammenleben mit einer Vielzahl unterschiedlicher Lebensweisen, Bedürfnissen und Interessen harmonischer werden sollte. Wer offen ist und im Pluralismus handlungsfähig bleibt, kann mit anderen in Konflikt treten, ohne die eigene Position zu schmälern. Wer sich als Demokrat:in versteht, tritt für eigene Überzeugungen ein und gestaltet Diskurs und Umgangsformen mit, wofür es unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten gibt. In jüngster Zeit zeigt sich dies etwa an der kontroversen Debatte um die sog. *Letzte Generation*, die zunehmend mit Mitteln zivilen Widerstands auf Missstände aufmerksam macht und damit Debatten über den Umgang mit der Klimakrise zuspitzt. Daraus lassen sich drei Gedanken ableiten: 1. Streitpunkte und deren Lösungen gehen über eine argumentative Aushandlung hinaus und betreffen Menschen in verschiedenen Facetten ihrer Eingebundenheit im Moment, in Vergangenheit und Zukunft; 2. Praktiken des Widerspruchs gibt es in unterschiedlichen Schraffierungen und ihre öffentliche Bewertung hat immer etwas mit historisch-regionaler Rahmung zu tun, also der Frage von Angemessenheit im jeweiligen Kontext; 3. Die Teilnahme am gesellschaftlichen Diskurs ist nicht selbstverständlich, aber Voraussetzung einer funktionierenden Demokratie. Eine Analyse verfügbarer Ressourcen zeigt dabei machttheoretische Elemente.

Kontext und Ressourcen manifestieren sich in historisch gewachsenen, prinzipiell veränderbaren materiellen, institutionellen und zwischenmenschlichen Zuständen und Umgangsformen. Grundstrukturen des gesellschaftlichen Zusammenlebens gehen u.a. auf den Kolonialismus zurück: Die Erzählung des Fortschritts, Eurozentrismus und die stetige Überwindung von Krisen zurück zum Normalzustand prägt unser Denken (vgl. bspw. Sarbo 2023; Balibar [1990] 2019). Hieran sind bestimmte Fragen der Zugehörigkeit und Abgrenzung geknüpft, die sich insbesondere in Öffnungsbewegungen, bspw. Themen der Migration, Flucht und Integration, zuspitzen – immerhin zeigt sich am Anderen auch ein Bild von sich selbst. Durch Integration in bestehende Gesellschaftssysteme werden diese nicht friedlicher – im Sinne von harmonischer –, sondern im Gegenteil konfliktreicher. Mit dem *Integrationsparadox* verdeutlicht El-Mafaalani (2018), dass offene Gesellschaften vor der Herausforderung stehen, auch widerstreitende Positionen miteinander zu artikulieren; und sei es, um sie nebeneinander stehenzulassen. Die

Stichworte für den sozialen Frieden sind Ambiguitätstoleranz einerseits – das Aushalten von Widersprüchlichkeiten – und wehrhafte Demokratie andererseits – Grenzen der Toleranz und Menschenfeindlichkeit zu benennen und zu schützen. Konflikte als demokratische Ausdrucksform zu verstehen und diese zu rahmen, entspricht dem Auftrag der Demokratie:

Offenheit nach innen und nach außen könnten als Grenzenlosigkeit falsch verstanden werden. Das Gegenteil ist der Fall: Offenheit bedeutet zwingend, dass es Grenzen gibt. [...] Die Grenzen sind kein Problem, sondern eine Notwendigkeit. Die Herausforderung ist der Umgang mit Grenzen, das Verhältnis zwischen Offenheit und Geschlossenheit, die Verschiebung von Grenzen und die Neubewertung ihrer Funktion (El-Mafaalani 2018: 20)

Beispielsweise mithilfe postkolonialer Bildung und dekolonialer Intervention, also der Aufnahme facettenreicher Formen der Wissensproduktion und -auswahl, lassen sich solche Praktiken aufdecken und strukturell erfassen (vgl. bspw. bildungsLab* 2021). Zusammenfassend kann sich eine Demokratie also gerade eine kontroverse Vielstimmigkeit zugutehalten, denn sie kann in ihrer Prozesshaftigkeit und Offenheit Konflikte und Kontroversen aushalten – solange diese nicht ihre Prinzipien als solche gefährden. Sprachliche Akte des Widersprechens – Debattieren, Opponieren, Protestieren – erweisen sich als nützliche Indikatoren für aktuelle Streitpunkte und Bedürfnisse einer Gesellschaft, die es politisch aufzunehmen gilt, ohne alles konsensual befrieden zu wollen. In der interdisziplinären Analyse gesellschaftlicher Konfliktlinien und ihren unterschiedlichen Dimensionen liegt die Möglichkeit zur Aufnahme und Übertragung in andere Felder der Wissensproduktion und (Aus-)Handlung.

2 Debattenkultur in einer widersprüchlichen Welt

In erster Linie sind Widerspruch und Protest offensichtliche Zeichen des Nicht-Einverstanden-Seins. Sie fordern ein, was Demokratie braucht und aushalten muss: Räume für konstruktiven und kontroversen Austausch, für Konflikt, für Argumente, für Perspektiven unterschiedlicher Betroffenheit. Konfliktaustragung findet hier nicht im modus operandi der Konsensfindung statt. In diesem Verständnis wird *das Politische* gestärkt, unter welchem Mouffe »die Dimension des Antagonis-

mus, der viele Formen annehmen und in unterschiedlichen sozialen Beziehungen zutage treten kann« (Mouffe [2013] 2016: 22–23), versteht. Politik bezeichnet im Anschluss konkrete »Praktiken, Diskurse und Institutionen« (Mouffe [2013] 2016: 23), die sich am Politischen abarbeiten. Während die Form des Politischen und der Politik auf Zugehörigkeit und Identifikation verweisen, operieren moralische Argumente mit »Gut« und »Böse« und geben ein Absolutheitsversprechen. Mouffe distanziert sich klar von der Annahme, mit wachsendem Individualismus – wie in politisch liberalen Lagern angestrebt – Konfliktlinien zu beseitigen, denn gerade in jenen Konflikten werden Zugehörigkeit und Differenzbildung sinnstiftend. Folglich sieht sie den »Liberalismus unfähig, ein adäquates Modell der pluralistischen Natur der sozialen Welt, einschließlich der mit dem Pluralismus verbundenen Konflikte, zu entwickeln« (Mouffe [2013] 2016: 23). Mouffe zeichnet hierfür die Kategorien zwischen agonistischer und antagonistischer Politik auf: Während sich in antagonistischen Konstellationen politische Gegner:innen als Feind:innen gegenüberstehen, markiert der Agonismus eine Austragung zwischen Gegner:innen. In diesem Verständnis sind »die »Anderen« nicht als Feinde wahrzunehmen, die es zu vernichten gilt, sondern als Kontrahenten, deren Ideen es zwar – mit aller Schärfe – zu bekämpfen gilt, deren Recht, für diese Ideen einzutreten, aber nicht infrage gestellt werden darf« (Mouffe [2013] 2016: 28). Mouffe stellt darüber hinaus »Leidenschaften« als treibende Kraft auf dem Feld der Politik« (Mouffe [2013] 2016: 27) heraus und wirft ein Schlaglicht auf eine Anfangsthese des Textes: Konflikte und Unstimmigkeiten erstrecken sich nicht nur auf sachliche Argumente, da sie auf Kategorien der Identität und Zugehörigkeit, auf Inklusion und Exklusion verweisen. Die Gefahr für die Demokratie liegt entsprechend auch nicht grundsätzlich in differenzbildenden Kategorien, vielmehr müssen Wir-/Sie-Beziehungen aktiv benannt und gestaltet werden, sodass sie nicht Freund-/Feind-Bilder eröffnen, sondern in friedlicher Koexistenz bleiben. Die Gestaltung von – mitunter widerstreitendem – Pluralismus und die Befriedung von Konflikten, nicht ihre Lösung durch das Festlegen neuer Dogmen, ist damit zentrale Aufgabe von Demokratie.

3 Der Dialog als demokratisches Instrument

Konflikte gehen folglich mit einer pluralen, offenen Gesellschaft einher. Sie sind Merkmal einer lebendigen Demokratie und deuten darauf hin, dass an Grenzen und ihrer Bedeutung für gesellschaftliches Zusammenleben gearbeitet wird. Als solche sollten sie nicht zwischen Feind:innen, sondern zwischen Kontrahent:innen geführt werden, die ein gemeinsames Verständnis demokratischer Aushandlung eint. All diese Aspekte bedenkend, führe ich als Instrument für konkrete Interaktionen und gesellschaftliches Aufbrechen der Freund-Feind-Haltung den Dialog ein. Er ist ein basales demokratisches Instrument, insofern durch ihn verschiedene Positionen sichtbar werden und die gegenseitige Überzeugung nicht als notwendiges Ziel verfolgt wird. Dialog entstammt dem griechischen *diálogos* »Unterredung, Gespräch« und ist nicht auf ein Gespräch zwischen zwei Personen beschränkt. Außerdem erweitert sich der Fokus über den Inhalt eines Gesprächs hinaus auf den Kontext, Leerstellen und Zwischentöne. Für den Dialog als Methode zur Förderung eigenverantwortlichen Denkens durch Reflexion, Haltungsarbeit und Argumentation entwickelte seinerzeit Sokrates die Mäeutik (Platon, Theaitetos 148e–151d). Im Dialog nähern sich Menschen einander an, indem sie die eigene und andere Position aus ihrem Kontext heraus verstehen möchten. Empathie, Neugier und Interesse sind hier wichtige Grundzüge.

Im Unterschied zum Gespräch verweist Bohm (1998) auf den öffnenden und zugehenden Charakter des Dialogs. Im Dialog werden neue Erfahrungen und Erkenntnisse gewonnen, sodass dieser qua Verbindung aus Inhalt und Vorgehen ein Lernfeld darstellt. Nicht die Moralisierung von Fragestellungen in gut und schlecht, richtig oder falsch, sondern die Eröffnung eines Raums, aus dem heraus Werte, Argumente und Wissen offengelegt werden können, wird verfolgt. Dialoge führen demnach nicht nur zum Austausch, sondern stellen eine eigene Transformation dar, wenn eigene Standpunkte und Handlungsmuster in ihrer Entstehung und im Kontext betrachtet werden, was verdeutlicht, dass diese niemals absolut bestehen können. Das macht den Dialog zu einem adäquaten Instrument in demokratisch geführten Konflikten.

4 Debattieren, opponieren, protestieren in der offenen Gesellschaft

Die Argumentation zusammenfassend können Konflikte als andauernde Erneuerungsprozesse von Demokratie hin zu einer gerechteren Gesellschaft begriffen werden. Sie sind ein Strukturmerkmal pluraler, offener Gesellschaften, die sich in stetiger Anpassung, Prozesshaftigkeit und Aushandlung befinden, um auf die schnelllebigen globalen Veränderungen zu reagieren. Im Sinne der zugespitzten Anfangsfrage »Wer sagt denn nun, was richtig ist?!« gilt es nach gemeinsamen Standpunkten und Konflikten, nach Grenzen und Offenheit zu suchen und dabei nicht auf dogmatische Versprechungen zu vertrauen, sondern die eigene Position immer wieder an der von anderen und den Zuständen der Welt zu überprüfen. Sprachliche Praktiken des Widerspruchs sind somit als konkrete Anlässe demokratischer und politischer Aushandlung zwischen Gegner:innen zu verstehen und müssen tunlichst die Unterstellung feindlicher Bilder unterlassen, denn nur so erhält sich das politische Muster der Zugehörigkeit und Differenzbildung. Im Kern markieren sprachliche Akte des Widerspruchs die eigene Zugehörigkeit und Abgrenzung im demokratischen Zusammenleben. Sie sind es, die in hohem Maße Beteiligung, Machtverteilung und die Aufrechterhaltung sozialen Friedens unter den Bedingungen von Pluralismus und der globalen Vernetzung einfordern. Sie sind demokratische Handlungen, die Zugehörigkeit und Abgrenzung gleichermaßen thematisieren und als solche erstrebenswert für die Weiterentwicklung eines gerechten sozialen Miteinanders. In einem Balanceakt von (öffentlichem) Widersprechen bei gleichzeitigem Im-Gespräch-bleiben hilft der Dialog: Nicht, um einen Konsens herzustellen, sondern um die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der eigenen und anderen Position zu beleuchten und auf diese Weise in Gleichzeitigkeit und Widerspruch, durch Ambiguitätstoleranz gestärkt, einzelne Facetten der Zugehörigkeit und Differenz der offenen Gesellschaft in sich selbst und im Anderen zu finden.

Literatur

- Balibar, Étienne. 2012. *Gleichfreiheit*. Berlin: Suhrkamp.
- Balibar, Étienne. [1990] 2019. Rassismus und Krise. In Étienne Balibar & Immanuel Wallerstein (eds.), *Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten*, 261–272. Hamburg: Argument.
- bildungsLab*. 2021. *Bildung. Ein postkoloniales Manifest*. Münster: Unrast.

- Bohm, David. 1998. *Der Dialog*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- El-Mafaalani, Aladin. 2018. *Das Integrationsparadox*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Mouffe, Chantal. [2013] 2016. *Agonistik. Die Welt politisch denken*. Berlin: Suhrkamp.
- Platon. 1977. In Gunther Eiger (ed.), *Platon. Werke in acht Bänden. Theaitetos*, 148e–151d. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Reckwitz, Andreas. 2019. *Die Gesellschaft der Singularitäten*. Berlin: Suhrkamp.
- Sarbo, Bafta. 2023. Rassismus und gesellschaftliche Produktionsverhältnisse. In Elenora Roldan Mendivil & Bafta Sarbo (eds.), *Die Diversität der Ausbeutung. Zur Kritik des herrschenden Antirassismus*, 37–63. Berlin: Dietz.